

Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern : Bericht über die Präsidialverwaltung

Autor(en): **Stähli, H. / Seematter, A. / Feldmann, M.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...**

Band (Jahr): - **(1946)**

PDF erstellt am: **14.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-417339>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

BERICHT

ÜBER DIE

STAATSVERWALTUNG

DES KANTONS BERN

FÜR DAS JAHR 1946

Bericht über die Präsidialverwaltung

Regierungspräsident: Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat **H. Stähli**
Vom 1. Juni bis 31. Dezember: Regierungsrat **A. Seematter**

Vizepräsident des
Regierungsrates: (Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat **A. Seematter**
(Vom 1. Juni bis 31. Dezember: Regierungsrat **Dr. M. Feldmann**

Volksabstimmungen

Im Berichtsjahr wurden 3 kantonale und 2 eidgenössische Volksabstimmungen durchgeführt.

A. Kantonale Volksabstimmungen

Am 10. Februar wurde das Gesetz über die Erstellung von Radfahrwegen den Stimmberechtigten zur Abstimmung unterbreitet. Für die Gesetzesvorlage wurden abgegeben 55,293 und dagegen 64,594. Der Entwurf wurde somit mit einem Mehr von 9301 Stimmen abgelehnt. Von den insgesamt 237,562 in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigten Bürgern gingen 122,371 zur Urne oder 50,4 %.

Am 30. Juni wurde der Volksbeschluss betreffend den Neubau eines medizinisch-chemischen Institutes für die Universität mit 19,317 gegen 8612 Stimmen, also mit einem Mehr von 10,705 Stimmen angenommen. Von den 237,962 in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigten Bürgern gingen nur 31,294 an die Urne oder 13,2 %.

Die dritte kantonale Abstimmung fand am 22. September statt. Zwei Gesetzesentwürfe wurden dem Volke zum Entscheid unterbreitet, nämlich das Gesetz betreffend die Besoldung der Lehrerschaft an den

Primar- und Mittelschulen und das Gesetz zur Hebung der Fischerei. Beide Entwürfe wurden angenommen, und zwar der erstere mit 27,329 gegen 18,050 Stimmen, oder mit einer Mehrheit von 9279, und der letztere mit 22,745 gegen 21,817 Stimmen, oder mit einer Mehrheit von 928 Stimmen. Die Zahl der Stimmberechtigten betrug 238,030, jene der Stimmenden 46,520 oder 19,06 %.

B. Eidgenössische Abstimmungen

Das Volksbegehren betreffend die Verkehrskoordination wurde dem Schweizervolk am 10. Februar zur Abstimmung unterbreitet. Im Kanton Bern wurden dafür 41,749 Ja gegen 79,719 Nein abgegeben. Die verworfene Mehrheit betrug 37,925 Stimmen. Von den 238,982 in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigten Bürgern gingen 122,822 oder 50,8 % an die Urne.

Am 8. Dezember wurde dem Schweizervolk der Volksbeschluss betreffend das Recht auf Arbeit zur Abstimmung vorgelegt. Im Kanton Bern wurde dieser verworfen mit 11,772 gegen 70,528 Stimmen, also mit einem Mehr von 58,756 Stimmen. In eidgenössischen Angelegenheiten waren zu dieser Zeit stimmberechtigt 240,104 Bürger, von welchen 86,427 oder 35,9 % an die Urne gingen.

Volkswahlen

Neben verschiedenen Bezirksbeamtenwahlen fanden am 5. Mai 1946 die Gesamterneuerungswahlen für den Grossen Rat sowie für den Regierungsrat statt. Ausserdem fand am 8. Dezember eine Ersatzwahl in den Regierungsrat statt an Stelle von Regierungsrat R. Grimm infolge dessen Wahl zum Direktor der BLS. Über die Ergebnisse dieser Wahlen wird unter den Abschnitten Grosser Rat und Regierungsrat berichtet werden.

Vertretung des Kantons in der Bundesversammlung

Als Ständeräte wurden für die Amtsperiode 1. Dezember 1946 bis 30. November 1947 gewählt die beiden bisherigen, Regierungsrat Dr. H. Mouttet in Bern und Rudolf Weber, Landwirt in Grasswil.

Im Nationalrat trat zurück Dr. G. Wander, Bern/Neuenegg; er wurde ersetzt durch W. Meister, Fabrikant in Rüegsauschachen. Ferner musste infolge seiner Wahl zum Regierungsrat auf das Nationalratsmandat verzichten Dr. Fritz Giovanoli, Parteisekretär in Bern, gestützt auf die Bestimmungen des Gesetzes vom 3. November 1929 über die Wählbarkeit von Mitgliedern des Regierungsrates in die Bundesversammlung. An dessen Stelle wurde gewählt Fr. Segessenmann, Zentralsekretär in Bern.

Grosser Rat

Der Grosse Rat hielt im ganzen 5 Sessionen mit 38 Sitzungen ab. Davon waren 2 ausserordentliche, nämlich im Februar/März sowie im April.

Vor der Gesamterneuerung amtierten als Präsident dieser Behörde Rudolf Weber, Landwirt in Grasswil, und als Vizepräsidenten Sylvain Michel, Gemeindepräsident in Courtedoux, und Karl Geissbühler, Leiter der Schweizerischen Zentralstelle zur Bekämpfung des Alkoholismus, Liebefeld.

Am 5. Mai fand zum 7. Mal nach dem Proporzsystem die Gesamterneuerung des Grossen Rates statt. Für Einzelheiten über diese Wahlen verweisen wir auf den dem Grossen Rat erstatteten besondern Bericht (Tagblatt 1946, Seite 298 ff.). Die Wahlen haben sich überall ohne Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung vollzogen. Gegenüber den Wahlen während der Kriegszeit wurden sie insofern erleichtert, als nur wenige Bürger zu dieser Zeit im Wehrkleid waren.

Weil nicht mehr Kandidaten aufgestellt wurden als Sitze zu besetzen waren, musste im Amtsbezirk Neuenstadt der öffentliche Wahlgang nicht durchgeführt werden.

Wahlbeschwerden im eigentlichen Sinne wurden keine eingereicht. Dagegen mussten 2 Gewählte aus Unvereinbarkeitsgründen aufgefordert werden, eine Erklärung abzugeben, ob sie auf ihre bisherige Anstellung im Staatsdienste zu verzichten gedenken oder auf das Mandat als Grossratsmitglied. Beide Gewählten, nämlich die Grossräte Simon Kohler, Courgenay, und Otto Schmidlin, Laufen, verzichteten auf ihre An-

stellung im Staatsdienste und nahmen das Mandat als Grossratsmitglied an.

Von den gewählten Kandidaten gehörten 123 bereits vorher dem Grossen Rat an, während 71 erstmals in diese Behörde eintraten. Gottlieb Wandfluh, Frutigen, der auf einer Liste «Parteilose und freisinnig-demokratische Partei» gewählt wurde, erklärte den Beitritt zur freisinnig-demokratischen Fraktion.

Für die Bildung einer Fraktion im Grossen Rat schreibt die Geschäftsordnung des Grossen Rates 5 Mitglieder vor. Es konnten demnach noch 4 Fraktionen gebildet werden, nämlich:

Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei	80 Mitglieder
Sozialdemokratische Partei	68 »
Freisinnig-demokratische Partei	26 »
Katholischkonservative Volkspartei	10 »

Ferner gehören dem Grossen Rat an:

Jungbauern	4 Mitglieder
Partei der Arbeit	3 »
Freiwirtschaftsbund	1 Mitglied
Unabhängige	1 »
Parteilose	1 »

Änderungen im Bestand der Fraktionen fallen bereits in das nächste Berichtsjahr.

Die konstituierende Sitzung fand am 3. Juni 1946 statt und wurde eröffnet von Regierungspräsident H. Stähli. Als Alterspräsident amtierte Grossrat E. Vuille, Gemeindepräsident in Tramelan-dessus. Nachher wurde als Präsident des Rates gewählt Sylvain Michel, Gemeindepräsident in Courtedoux, und als Vizepräsidenten Karl Geissbühler, Leiter der Schweizerischen Zentralstelle zur Bekämpfung des Alkoholismus, Liebefeld, und Hans Hofer, Käser, Spins (Aarberg).

Noch vor der Gesamterneuerung des Grossen Rates schied aus dieser Behörde aus G. Lauper, Wirt in Seedorf. An dessen Stelle wurde gewählt erklärt Hermann Christen, Sägereibesitzer und Landwirt, Suberg-Grossaffoltern. Nach der Gesamterneuerung schieden im Berichtsjahr aus:

Dr. F. Giovanoli, Bern, infolge seiner Wahl zum Regierungsrat;

W. Meister, Rüegsauschachen;

Rud. Lehmann, Biel;

Dr. Duri Willi, Bern;

und ebenfalls infolge seiner Wahl als Regierungsrat: Ernst Reinhard, Gemeinderat in Bern. Ferner verschied Grossrat Fr. v. Fischer, Burgerratspräsident in Bern.

An deren Stelle wurden neu gewählt:

Viktor Lang, pens. Sekretär, in Bern;

Robert Friedli, Landwirt, Affoltern i. E.;

Fred Hänni, Geschäftsführer in Biel;

Leonhard Reichensperger, Malermeister, Bern;

Hans Hug, Angestellter SBB, Bern;

Emil Bracher, Gärtnermeister in Bern.

Im Berichtsjahr wurden folgende wichtigere Geschäfte behandelt:

1. Gesetze

Gesetz zur Hebung der Fischerei (2. Beratung).

Gesetz über den Beitritt des Kantons Bern zum Konkordat betreffend Rechtshilfe zur Vollstreckung von

Ansprüchen von Rückerstattungen von Armenunterstützungen (1. Beratung).
Gesetz betreffend die Besoldungen der Lehrerschaft an den Primar- und Mittelschulen (1. und 2. Beratung).
Gesetz über die Abänderung einiger Bestimmungen des Gemeindegesetzes für die fakultative Einführung des Frauenstimmrechts in den Gemeinden (1. Beratung).
Einführungsgesetz über die Entschuldung landwirtschaftlicher Heimwesen (1. Beratung).

2. Dekrete

Dekret über den Steuerausgleichsfonds.
Dekret betreffend die Aufhebung von § 7 des Dekretes über die Massnahmen zur Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts.
Dekret vom 25. November 1936 in bezug auf die Staats- und Gemeindebeiträge an das Inselspital; Abänderung.
Dekret betreffend Bildung und Umschreibung der Petruskirchgemeinde Bern.
Dekret betreffend die Errichtung neuer Pfarrstellen in den Kirchgemeinden Gsteig-Interlaken, Saanen, Belp und Huttwil.
Dekret über zusätzliche Teuerungszulagen an das Staatspersonal, die Lehrerschaft und die Rentenbezüger der Hilfskasse und der Lehrerversicherungskasse für das Jahr 1946.
Dekret über die Besoldungen der Behördemitglieder und des Personals der bernischen Staatsverwaltung, mit Anhang (Einreihung des Staatspersonals in die Besoldungsklassen).
Dekret über die Besoldungen der Professoren und Dozenten der Hochschule.
Dekret über die Besoldungen der Geistlichen der bernischen Landeskirchen.
Dekret über die Gewährung von Teuerungszulagen an das Staatspersonal für das Jahr 1947.
Dekret über die Ausrichtung von Teuerungszulagen für das Jahr 1947 an die Rentenbezüger der Hilfskasse.
Dekret über die Ausrichtung von Teuerungszulagen für das Jahr 1947 an die Rentenbezüger der Lehrerversicherungskasse.
Dekret über die Organisation der Direktion der Volkswirtschaft (bisher Direktion des Innern).
Dekret vom 25. November 1946 in bezug auf die Staats- und Gemeindebeiträge für die Bekämpfung der Tuberkulose; Abänderung.

3. Motionen, Postulate, Interpellationen und Einfache Anfragen

Aus dem Jahr 1945 waren im Berichtsjahr noch 12 Motionen hängig. Bis zur Gesamterneuerung wurden 9 weitere eingereicht, so dass insgesamt 21 zu behandeln waren. Von diesen wurden 18 erledigt, während 3 wegen Ablaufes der Legislaturperiode dahinfielen. Im neu gewählten Grossen Rat wurden bis Ende des Berichtsjahres 21 Motionen eingereicht. Von diesen wurden 15 behandelt und 6 auf das neue Berichtsjahr übertragen. Von den im Berichtsjahr eingereichten 23 Postulaten wurden 15 erledigt und 8 auf das nächste Berichtsjahr verschoben.

Ferner wurden seit der Gesamterneuerung eingereicht 29 Interpellationen und 31 Einfache Anfragen.

4. Andere Geschäfte

Neben der Behandlung des Verwaltungsberichtes, der Staatsrechnung und dem Voranschlag sind noch folgende Geschäfte zu erwähnen:

Grossratsbeschlüsse:
Konversion der 4 %igen Anleihe von 39 Millionen Franken des Staates Bern von 1931.
Konversion der 4½ %igen Anleihe von 1 Million Franken bei der «Vita» Lebensversicherungs AG. von 1936.
Verlängerung der 4½ %igen Anleihe von 4 Millionen Franken bei der Schweizerischen Lebensversicherungs- und Rentenanstalt von 1936.
Errichtung einer Sparkasse für das Aushilfspersonal der Staatsverwaltung (Abänderung).
Neubau eines medizinisch-chemischen Institutes für die Universität.
Um- und Neubau des botanischen Institutes der Universität.
Übergangsordnung zur Alters- und Hinterlassenenversicherung und die Fürsorge für ältere Arbeitslose.
Motorfahrzeugsteuer.
Privatbahnhilfe gemäss Bundesgesetz vom 6. Juni 1939 zugunsten der Solothurn-Münster-Bahn sowie finanzielle und technische Sanierung dieser Unternehmung.
Alpar, Schweizerische Luftverkehr AG., Bern; Erhöhung der Aktienbeteiligung des Staates.
Bernische Heilstätte in Montana; Eröffnung eines Kredites von Fr. 180,000 für Renovationsarbeiten und von Fr. 120,000 für den Um- und Ausbau.
Anordnung einer Gesamtrevision der Schätzungen der Gebäude und die prozentuale Erhöhung der Versicherungssummen.
Domänendirektion; Angliederung einer Liegenschaftsverwaltung.
Bewilligung verschiedener Kredite für die Förderung des Wohnungsbaues.

Am 12. September besichtigte der Grosse Rat die neuerstellte Sustenstrasse.

Am 17. September stattete der ehemalige englische Kriegspremierminister, Winston Churchill, dem Grossen Rat einen Besuch ab. Er wurde vom Grossratspräsidenten begrüsst und antwortete auf dessen Ansprache französisch.

Am 12. März wurden der Staatskanzlei zur Abstempelung Unterschriftenbogen eingereicht betreffend Volksbegehren für die Revision des bernischen Steuergesetzes im Sinne einer sozialen Lastenverteilung. Beginn der Unterschriftensammlung 12. März; Ende 11. September.

Bis zum 11. September langten bei der Staatskanzlei 497 Unterschriftenbogen mit 12,565 Unterschriften ein. Nach Mitteilung des statistischen Büros sind gültig: 483 Unterschriftenbogen mit 12,207 Unterschriften.

Die Behandlung dieser von der Partei der Arbeit eingereichte Initiative fällt in das nächste Berichtsjahr.

Regierungsrat

Vom 1. Januar bis 31. Mai amtierte als Regierungspräsident der Direktor der Forsten, der Landwirtschaft und des Militärs, Regierungsrat H. Stähli. Nach seiner Wahl in der konstituierenden Sitzung des Grossen Rates

übernahm der bisherige Vizepräsident, Regierungsrat A. Seematter, Direktor der Polizei, das Präsidium, während als Vizepräsident gewählt wurde Regierungsrat Dr. M. Feldmann, Direktor des Erziehungs- und des Kirchenwesens.

Der Regierungsrat hielt insgesamt 109 Sitzungen ab und behandelte 7540 Geschäfte. Gegenüber dem Vorjahr ist eine Zunahme von 1117 Geschäften zu verzeichnen.

Das erste Nachkriegsjahr brachte glücklicherweise die befürchtete Arbeitskrise nicht. Gegenteils ist die Wirtschaft sehr stark beschäftigt. Die fortschreitende Teuerung und ausgeprägte Wohnungsnot kennzeichnen die ausserordentlichen Verhältnisse. Diese besonders Umstände sowie die Beibehaltung der Rationierung von wichtigen Lebensmitteln erschwerten nach wie vor die Verwaltungstätigkeit und brachten dem Regierungsrat vermehrte Arbeit. Der Regierungsrat möchte aber neuerdings feststellen, dass das Bernervolk sich auch in den schwierigen Verhältnissen des ersten Nachkriegsjahres bewährt hat und insbesondere der Arbeitsfrieden beinahe lückenlos aufrechterhalten werden konnte. Für Einzelheiten zu diesen ausserordentlichen Geschäften wird auf die Verwaltungsberichte der verschiedenen Direktionen verwiesen.

Anlässlich der Gesamterneuerung der bernischen Behörden stellten sich nicht mehr zur Wiederwahl die Regierungsräte Dr. H. Dürrenmatt und Dr. A. Rudolf. Beide nahmen zum letztenmal an der Sitzung des Regierungsrates vom 31. Mai 1946 teil. An dieser Sitzung wurde den beiden zurückgetretenen Magistraten für ihre dem Staate Bern und der Öffentlichkeit geleisteten Dienste der wohlverdiente Dank ausgesprochen.

Regierungsrat Dr. Dürrenmatt gehörte von 1906 bis 1920 dem Grossen Rat an. Darauf amtierte er bis 1927 als Präsident der kantonalen Rekurskommission. Von 1927 bis 1946 gehörte er dem Regierungsrat an, den er in den Jahren 1930/31 und 1939/40 präsidierte. Als Mitglied des Regierungsrates übernahm er am 1. Juni 1927 zuerst die Direktionen des Armen- und des Kirchenwesens und wechselte am 31. Mai 1934 auf die Justizdirektion über, wobei er die Kirchendirektion beibehielt. Im letzten Jahr seiner Amtstätigkeit betreute er neben der Kirchendirektion noch die Finanzdirektion. Wichtige gesetzliche Erlasse sind unter seiner Leitung entstanden. Als wichtigste seien erwähnt die Gesetze über die Regierungsstatthalter, über die Einführung des Schweizerischen Strafgesetzbuches, über die Pfarrwahlen und die Erweiterung des kirchlichen Frauenstimmrechts, über die Organisation des Kirchenwesens.

Regierungsrat Dr. Rudolf begann seine Amtstätigkeit als Gerichtspräsident in Biel und wechselte dann zum Beruf eines Redaktors über. Er gehörte dem Grossen Rat von 1910—1916 an, worauf er zum Staatschreiber ernannt wurde, welches Amt er bis zu seiner Wahl als Mitglied des Regierungsrates im Februar 1928 innehatte. Den Regierungsrat präsidierte er in den Jahren 1931/32 und 1943/44. Als Regierungsrat stand er immer der Direktion des Erziehungswesens vor. Unter seiner Leitung entstanden folgende wichtigere Gesetze: über die Ausbildungszeit der Lehrer und Lehrerinnen, betreffend die Ausrichtung von Staatsbeiträgen an die Mittelschulen, die Neuordnung der Lehrerbesoldungen, Aufhebung der Besoldungsabzüge für die Lehrkräfte

der Primar- und Mittelschulen, Abänderung einiger Bestimmungen der Schulgesetzgebung (9 Jahre Schulzeit auch im Jura).

Der Regierungsrat dankt seinen beiden zurückgetretenen Kollegen, soweit an ihm, für ihre vielseitige und fruchtbare Tätigkeit bestens.

Anlässlich der Regierungsratswahlen vom 5. und 19. Mai 1946 wurden neu in den Regierungsrat gewählt Walter Siegenthaler, ing. agr., bisher Sekretär der BGB-Partei des Kantons Bern, Dr. Fr. Giovanoli, bisher Sekretär der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Bern. Die beiden neugewählten Mitglieder des Regierungsrates nahmen erstmals an der Sitzung vom 4. Juni teil.

Die Direktionen des Regierungsrates wurden vom Grossen Rat wie folgt zugeteilt:

Die Verwaltung des Innern an Regierungsrat Dr. M. Gafner.

Die Verwaltung der Justiz an Regierungsrat Dr. H. Mouttet.

Die Verwaltung der Polizei an Regierungsrat A. Seematter.

Die Verwaltung der Finanzen und der Domänen an Regierungsrat W. Siegenthaler.

Die Verwaltung des Erziehungswesens und Kirchenwesens an Regierungsrat Dr. M. Feldmann.

Die Verwaltung der Bauten und Eisenbahnen an Regierungsrat R. Grimm.

Die Verwaltung der Forsten, der Landwirtschaft und des Militärs an Regierungsrat H. Stähli.

Die Verwaltung des Armenwesens an Regierungsrat G. Mœckli.

Die Verwaltung des Gemeindewesens und der Sanität an Regierungsrat Dr. F. Giovanoli.

Auf Ende des Jahres trat auch Regierungsrat R. Grimm, der zum Direktor der BLS und der mitbetriebenen Linien gewählt wurde, zurück. Er nahm zum letztenmal am 29. November 1946 an einer Regierungsratssitzung teil, worauf er bis Ende des Jahres beurlaubt wurde. Regierungsrat Grimm wurde im Mai 1910 als Mitglied des Grossen Rates gewählt und präsidierte diesen im Geschäftsjahr 1922/23. Während seiner Tätigkeit als Mitglied des Grossen Rates gehörte er in den Jahren 1926—1934 der Staatswirtschaftskommission an. Am 22. Mai 1938 wurde er als Mitglied des Regierungsrates gewählt. Im Verwaltungsjahre 1940/41 amtierte er als Regierungspräsident. In der verhältnismässig kurzen Zeit, in welcher er dem Regierungsrat angehörte, entstanden unter seiner Leitung als Direktor der Bauten und der Eisenbahnen folgende wichtigere gesetzliche Erlasse: Gesetz über die Abänderung des Strassenbaugesetzes betreffend Schneeräumungen, Grossratsbeschluss betreffend Privatbahnhilfe des Bundes sowie verschiedene Verordnungen und Reglemente. Vorbereitet wurde von Regierungsrat Grimm auch der Gesetzesentwurf über die Nutzung des Wassers, der allerdings bis jetzt im Grossen Rat noch nicht zur Behandlung gekommen ist. Der Zurückgetretene machte sich auch verdient durch den Umbau des Rathauses und den Neubau des Staatsarchivs. Während seiner Amtstätigkeit wurde auch der Bau der Sustenstrasse vollendet.

Soweit an ihm dankt auch der Regierungsrat seinem zurückgetretenen Kollegen für seine wertvolle Tätigkeit.

An Stelle von Regierungsrat Grimm wurde am 8. Dezember gewählt Ernst Reinhard, bisher Gemeinderat in Bern. Sein Amt trat er am 8. Januar 1947 an und wohnte erstmals am 10. Januar 1947 einer Regierungsratssitzung bei.

Am 17. September erwies der britische Kriegspremier, *Winston Churchill*, der Bundes- und Kantonshauptstadt die Ehre eines Besuches. Der hohe Gast erschien im spätern Nachmittag im Rathaus, wo ihn oben an der Freitreppe Regierungspräsident Seematter in öffentlicher Ansprache willkommen hiess und ihm, als heldenhaftem Kämpfer für Freiheit und Demokratie, für sein unerschrockenes Wirken dankte. In seiner Antwort gab der Gefeierte seiner Freude über den herzlichen Empfang durch Bern Ausdruck, betonte, dass er immer gegen Tyrannei, in welcher Form sie auch aufgetreten sei, gekämpft habe, und erklärte, er sei überzeugt, dass in Millionen Menschen der Wille da sei, zu jenen wahren Grundsätzen zu stehen, die es ermöglichen, das menschliche Leben zu etwas Herrlichem zu gestalten und es nicht zu einem Fluche werden zu lassen.

Nachdem er in der grossen Rathauhalle dem Empfang von rund 300 geladenen Gästen beigewohnt hatte, stattete er dem zu diesem Zwecke in Sondersitzung tagenden Grossen Rate noch einen kurzen Besuch ab.

Dienstag, den 21. Mai 1946, empfangen der Regierungsrat und der Gemeinderat in corpore in der Rathauhalle Kronprinzessin Juliana von Holland und deren Gemahl Prinz Bernhard. Das holländische Kronprinzenpaar befand sich auf einem halboffiziellen Besuch in der Schweiz, wurde vom Bundesrat empfangen und stattete den Behörden des Kantons und der Gemeinde Bern anlässlich einer Stadtrundfahrt den obgenannten Besuch ab. Mittwoch, den 22. Mai, fand ein vom Regierungsrat und vom Gemeinderat offeriertes Mittagessen im «Löwen» in Worb statt.

Bezirksbeamte

Vor der Gesamterneuerung fanden in folgenden Amtsbezirken in stiller Wahl Ersatzwahlen statt:

Amtsbezirk Bern: Fürsprecher Wilfried Lüthi, bisher Chef-Stellvertreter des Rechtsdienstes auf der Sektion Holz des KIAA, zum Gerichtspräsidenten, an Stelle des zum Oberrichter gewählten Ludwig Schmid.

Amtsbezirk Aarberg: Ernst Zingg, bisher Gerichtsschreiber und Betreibungsbeamter, zum Gerichtspräsidenten/Regierungsstatthalter, an Stelle des zum Oberrichter gewählten Dr. E. Schweingruber.

Amtsbezirk Fraubrunnen: Dr. jur. H. Leuenberger, bisher Gerichtsschreiber/Betreibungs- und Konkursbeamter, zum Gerichtspräsidenten/Regierungsstatthalter, an Stelle des zum Oberrichter gewählten Dr. G. Staub.

Amtsbezirk Wangen: Paul Jufer, Fürsprecher, zum Gerichtsschreiber/Betreibungs- und Konkursbeamten, an Stelle des zurückgetretenen Ch. Hänni, Fürsprecher.

Amtsbezirk Aarberg: Fürsprecher Ernst Jaberg zum Gerichtsschreiber/Betreibungsbeamten an Stelle des zum Regierungsstatthalter gewählten E. Zingg.

Amtsbezirk Fraubrunnen: Chr. Schindler, Notar, zum Gerichtsschreiber/Betreibungsbeamten, an Stelle des zum Regierungsstatthalter gewählten Dr. Leuenberger.

Amtsbezirk Frutigen: Fürsprecher Hans Hari zum Gerichtsschreiber/Betreibungs- und Konkursbeamten an Stelle des zurückgetretenen Robert Germann.

Die Gesamterneuerung der Bezirksbeamten fand im ganzen Kantonsgebiet am 30. Juni statt. Die meisten Bezirksbeamten wurden in stiller Wahl bestätigt. Einzig in den nachfolgenden Amtsbezirken waren öffentliche Wahlen notwendig:

Nidau und Schwarzenburg: Gerichtsschreiber/Betreibungsbeamter.

Thun: Betreibungsbeamter.

Nach den Gesamterneuerungswahlen ergaben sich noch folgende Änderungen im Bestand der Bezirksbeamten:

Seftigen: Rücktritt Dr. S. Wettstein als Gerichtsschreiber/Betreibungs- und Konkursbeamter. Ersatzwahl (stille Wahl) Max Linder, Fürsprecher.

Burgdorf: An Stelle des verstorbenen Alfred Flühmann wurde in öffentlicher Wahl Friedrich Michel, bisher Angestellter des Betreibungs- und Konkursamtes, gewählt.

Amtsrichter

Anlässlich der Gesamterneuerung der Bezirksbeamten konnten in 23 Amtsbezirken die Amtsrichter auf dem Wege der stillen Wahl gewählt werden. Der öffentliche Wahlgang musste durchgeführt werden in den Amtsbezirken Frutigen, Konolfingen, Laufen, Neuveville, Nieder-Simmental, Thun und im Amtsbezirk Wangen für 2 Mandate, weil dort für 4 Sitze nur 2 Kandidaten angemeldet und in stiller Wahl gewählt erklärt wurden.

Im Amtsbezirk Laufen erreichte im 1. öffentlichen Wahlgang kein Kandidat das absolute Mehr, so dass ein 2. Wahlgang durchgeführt werden musste.

Amtsgerichts-Ersatzmänner

Vor der Gesamterneuerung wurde im Amtsbezirk Thun als Amtsgerichts-Ersatzmann Emil Haueter, Schlosser in Steffisburg, gewählt an Stelle des zurückgetretenen A. Brechbühler.

In 26 Amtsbezirken war es möglich, den stillen Wahlgang durchzuführen. Der öffentliche Wahlgang war notwendig in den Amtsbezirken Frutigen, Konolfingen und Laufen sowie im Amtsbezirk Wangen für 2 Sitze. Im Amtsbezirk Frutigen konnte die Wahl eines Kandidaten nicht validiert werden, weil dieser, von Beruf Wirt, gemäss Art. 99, Abs. 2, des Gesetzes über die Organisation der Gerichtsbehörden nicht wählbar war. Es musste in diesem Amtsbezirk eine Neuwahl angeordnet werden.

Kantonale Geschworne

Im Berichtsjahr fand auch die Gesamterneuerungswahl der kantonalen Geschworenen statt. Die Regierungstatthalter wurden gemäss Gesetz vom 28. Februar 1932 über die Vereinfachung von Beamtenwahlen mit

der Durchführung dieser Wahlen beauftragt. Wahlgänge waren nur in den Amtsbezirken Konolfingen, Laufen, Neuenstadt und Trachselwald notwendig. Im ganzen Kanton waren 486 Geschworne zu wählen.

Zivilstandsbeamte und Stellvertreter

In 248 Zivilstandskreisen des Kantons Bern musste nur in 6 Kreisen der öffentliche Wahlgang durchgeführt werden, nämlich in Boécourt, Courtemaître, Dittingen, Dürrenroth, Nods und Vinelz.

Staatskanzlei

Über den Geschäftsgang der Staatskanzlei geben folgende Zahlen Aufschluss:

An die Direktionen überwiesene Eingänge	3,286
Überweisungen an den Grossen Rat	307
Ausführung von Drucksachenbestellungen für eine Verkaufssumme von	Fr. 99,901.40
Beglaubigung von Unterschriften.	30,540

Im Anweisungsverkehr wurden 2184 Geschäfte erledigt mit einem Ertrag von Fr. 143,592.90. Der Betrag der Drucksachenbestellungen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um Fr. 30,477.60. Der Ertrag im Anweisungsverkehr stieg im Berichtsjahr um Fr. 3,408.80 und um 368 Geschäfte.

Die französische Abteilung besorgte 3092 Geschäfte, davon 982 des Regierungsrates und 2115 des Grossen Rates und der Direktionen sowie überdies die Übersetzungen und Veröffentlichungen im französischen Amtsblatt.

Tätigkeitsbericht des Staatsarchivs 1946

I. Personelles. Am 30. Mai feierte der Adjunkt des Staatsarchivs, Emil Meyer, seinen 60. Geburtstag.

Rudolf Joho, Otto Stirnemann und Dr. Otto Breiter wurden aus Arbeitsbeschaffungsgründen, die beiden letztern zu Lasten des Archivkredits, mit Registraturarbeiten betraut.

II. Benutzung. Das Staatsarchiv wurde von 380 Benützern mit 2739 Besuchen in Anspruch genommen. Wappenauskünfte wurden 687 mündlich, 1196 schriftlich erteilt.

III. Zuwachs. Die Aktenablieferung seitens der Verwaltung war nicht sehr erheblich. Erwähnt sei die Ablieferung der Akten der Justizdirektion aus den Jahren 1901—1920. Die Bibliothek vermehrte sich um 500 Bände, 585 Broschüren und 88 Blätter.

Als Leihgabe ist die Übergabe der Dorftrücke von Oberlindach an das Staatsarchiv zu erwähnen. Sie war bisher in verdankenswerter Weise von den Brüdern Glauser daselbst aufbewahrt worden.

Unter den Geschenken sind die Abgabe von Akten der Schulsynode von 1917—1937 aus dem Nachlass des Synodalratspräsidenten G. Beck durch Dr. Aeberhard, Lehrer in Bern, und die Überlassung von 11 Landkarten aus dem Besitz des von E. de Graffenried-Villars durch Kantonskriegskommissär Oberstlt. Jauch hervorzuheben.

IV. Allgemeine Verwaltung. Als Vorbereitung zur neuen Gesamtinventarisierung aller Bestände wurden im Berichtsjahr folgende Gruppen in teilweise veränderter Ordnung neu aufgestellt: Von den Archivalien vor 1831 die Gruppen Justiz (B IX), Bauten (B X), Sanität (B XI), Armenwesen (B XII), Niederlassungs- und Gemeindewesen (B XIII), insgesamt 3699 Nummern; von den Archivalien nach 1831 alle Gruppen von BB IV bis BB XIII.

Als Vorbereitung zur erstmaligen Inventarisierung wurde neu aufgestellt die Abteilung der Kreisschreiben 1803—1850.

Bearbeitet wurden ferner zum Teil die Gruppe Primar- und Mittelschulen bis 1916 (Neuaufstellung nach Orten) und neu aufgestellt die Bibliothekabteilung K (Kirchenwesen).

Signiert wurden neu die Abteilungen B III bis B VI (über 1800 Nummern).

In Zusammenarbeit mit dem eidgenössischen KIA organisierte das Staatsarchiv in der kantonalen Verwaltung eine Aktenauscheidung zur Speisung der Altpapier-Sammlung. Sie ergab ca. 8 Tonnen.

Ein Beitrag aus der Arbeitsbeschaffung für Buchbinder erlaubte, die 35 % betragende Teuerung der laufenden Buchbinderarbeiten auszugleichen.

Der während des Krieges im Staatsarchiv errichtete Sanitätsbunker konnte im Berichtsjahr aufgehoben werden.

V. Inventare und Register. Wiederum machte die Erschliessung der Bestände bedeutende Fortschritte. Ausgefertigt wurden die Inventare der Bestände vor 1831 B IV bis B VII, aufgenommen die Inventare B IX bis B XIII, meistens neu gesamt inventarisiert auch die neuern Abteilungen BB IV bis BB XIII. Die Kartei der bernischen Verordnungen und Gesetze wurde durch die Aufnahme der Materialien des 18. Jahrhunderts der Polizei- und Mandatenbücher fortgeführt und damit im Kern abgeschlossen. Ergänzend wurden die Satzungsbücher bis 1602 und die ersten 15 Bände der U. P.-Sammlung beigezogen und aufgekartet. Register wurden neu erstellt zu dem bisher nicht registrierten Teil der Vennerkammerakten, ferner nach Berufen und Personen zu den Geltstagsakten, dann zu den Manualen des Chorherrenstiftes und zur Sammlung der photographischen Negative. Ein Register zu den Protokollen des Justiz- und Polizeirates von 1803—1831 wurde bis zum Jahre 1820 (Bd. 39) gefördert. Als Geschenk durfte das Archiv ein von Dr. E. Wagner in dankenswerter Weise gefertigtes Register zum Habitantenrodel von 1682 entgegennehmen. Im Staatsarchiv wurde auch das Register zu Band IV der neuen Gesetzsammlung bearbeitet. Inventarisiert wurden die Dokumente der Leihgabe «von Erlach-Gerzensee». Durch Beitragsleistung an den Bearbeiter sicherte sich das Archiv ein Doppel des Inventars des Schlossarchivs Oberdiessbach (v. Wattenwyl).

VI. Führungen, Ausstellungen und Besuche. Mit Ausstellungen verbundene Führungen im Archiv wurden für folgende Interessenten veranstaltet: Volkshochschule, Oberseminar, Freisinniger Lehrerbund, eine Gruppe des Lehrerhandfertigkeitkurses, Staatsbürgerliche Vereinigung Oberburg, Schweizerische Gesellschaft für Familienforschung, Gewerbliche Fortbildungsschule Unterlangenegg, Mädchensekundarschule Laubegg III i.

Für eine Offiziersschule der Infanterie wurde eine Führung durch die Altstadt abgehalten (Lerch).

Auswärtige Ausstellungen beschickte das Staatsarchiv in Jegenstorf (Münchenbuchsee), Kirchberg und Oberburg.

VII. Wissenschaftliche Veröffentlichungen und Studien. Die Arbeiten am Register des Bandes X der Fontes rerum Bernensium wurden vom Adjunkten fortgesetzt. Dieser stellte zu den 38 Bänden des Archivs des historischen Vereins ein Titelregister zusammen, das im Bd. 38 dieser Veröffentlichung gedruckt wurde.

Gegenstand umfangreicherer Studien und Bearbeitungen bildeten: die Jahrhundertfeiern von Laufen und Neuenstadt, die Glocken und Glockengiesser des Bernbietes, die Ratsherren und Behörden vor 1465, der Aufenthalt Carl Maria von Webers im Schloss Jegenstorf 1811 und die Datierung einer dem Hause Savoyen gewidmeten wahrscheinlich in Bern 1438 aufgeführten Motette von Dufay.

VIII. Wappenkommission. Die beiden Subkommissionen hielten je eine Sitzung ab. Die Bereinigung der 493 bernischen Gemeindewappen konnte dank aktiver Mitwirkung der kantonalen Gemeindedirektion im Berichtsjahr zum Abschluss gebracht werden.

IX. Bezirks- und Gemeindearchive. Die *Bezirksarchive* von Courtelary (zum Teil), Laufen, Laupen,

Neuveville, Saanen, Seftigen und Thun wurden neu geordnet und inventarisiert. Bereinigt wurden die Inventare von Burgdorf, Erlach, Franches Montagnes, Porrentruy, Trachselwald und Wangen. Herausgegeben wurde die Liste II über Bezirksarchivalien zur Verordnung über die Bezirksarchive.

Die *Gemeindearchive* von Breuleux, Corgémont, Renan, Toffen, Riggisberg, Linden und Langnau wurden besichtigt und ihre künftige Gestaltung besprochen, für Neuveville (Einwohner) wurde Rat erteilt. Das Bürgerarchiv von Pruntrut wird durch Dr. A. Rais neu geordnet und inventarisiert.

X. Hallwylarchiv. Der Hallwylarchivfonds betrug am 1. Januar 1946 Fr. 12,606.10. Er beträgt am 31. Dezember 1946 Fr. 12,837.70. Die Zinseinnahmen beliefen sich auf Fr. 404.01. Angeschafft wurde in geringem Umfang aargauische Literatur.

Bern, den 31. Mai 1947.

Der Regierungspräsident:

Seematter

Vom Regierungsrat genehmigt am 18. Juli 1947.

Test. Der Staatsschreiber i. V.: **Hubert**

